

Epilog

Flughafen von Apartadó, Juni 2017. Gerade kam die Durchsage, dass die Maschine aus Medellín nach Apartadó, die mich von Apartadó zurück nach Bogotá bringen sollte, gestrichen wurde. Durch die verglaste Fensterfront des erst kürzlich modernisierten Flughafengebäudes sah man auf dem Rollfeld mit den zwei Parkplätzen für Passagiermaschinen lediglich einen schwarzen Kampfhubschrauber am Rand stehen. ... Zeit für mich, noch einmal das letzte Gespräch mit J.E. Revue passieren zu lassen. Wir hatten noch am Morgen über die Aussichten der Landtitulierung in der Serranía de Abibe gesprochen. Er hatte zunächst eine kleine historische Zusammenfassung der Landbesitzverhältnisse gegeben: Die ‚Colonos‘, die die Zone besiedelt haben, hätten das Land geöffnet und urbar gemacht, ohne es titulieren zu lassen. Das sei auch gar nicht nötig gewesen, weil ja jeder gewusst habe, welches Land wem gehöre. Man habe sich gekannt. Manchmal habe man auch später noch gegenseitig Land oder Land gegen Maulesel, Pferde oder Ähnliches getauscht. Erst, als mehr und mehr Bäuer_innen in die Zone gekommen seien, habe man angefangen, Kaufverträge zu machen, sogenannte ‚compraventas‘. Das sei aber nicht mehr als ein Stück Papier gewesen, auf dem die Verkäufer_innen bescheinigt hätten, dass sie das Stück Land verkauft und die Käufer_innen unterschrieben hätten, dass sie es gekauft hätten, ohne dass damit anschließend irgendetwas unternommen worden sei. Die meisten Bäuer_innen hätten diese Papiere schon längst bei einer der vielen Vertreibungen verloren. Im Jahr 1973 habe das Incora den ersten Versuch vorgenommen, Land zu titulieren. Vorgesehen seien allerdings je nach Familiengröße nicht mehr als 25 bis 50 Hektar gewesen. Doch nicht mal dazu sei es gekommen, da diese Titulierung vorzeitig abgebrochen worden sei. Den nächsten Versuch habe es mit der Unión Patriótica Ende der 1980er Jahre gegeben, aber dieser existierte, laut J.E., eher auf dem Papier als in der Realität. Vielleicht seien damals ein paar Ländereien auf der Seite Córdoba tituliert worden, so genau wisse er es nicht mehr. Sollte es wirklich zu einer Landtitulierung im Rahmen des aktuellen Friedensprozesses kommen, wäre das der dritte Versuch.

Aus dem schwarzen Kampfhubschrauber begannen plötzlich ein Dutzend schwer bewaffneter Männer in voller Kampfmontur auszusteigen. Während anhand des Hubschraubers nicht zu erkennen war, welcher öffentlichen Streitkraft er angehörte, trugen die Männer Polizeiformen. Ihre Gesichter waren in Falten gelegt, alles an ihnen, auch die Rucksäcke und Waffen, hing träge und dreckig herunter. Sichtlich erschöpft liefen sie einer nach dem anderen, langsam und schweigend, direkt an der äußeren Seite der Glasfront entlang auf die andere Seite des immer noch leeren Parkplatzes des Rollfeldes. ... J.E.s Prognose für zukünftige Landtitulierungen war wenig optimistisch.

Er glaubte nicht, dass die staatlichen Institutionen die informellen, historischen Landnutzungs- und Landbesitzformen in der Serranía anerkennen würden. Die Ländereien, unter denen Ressourcen vermutet würden, würden ohne Rücksicht auf ihre informellen Landbesitzer_innen zu Brachland erklärt und vom ‚Staat‘ beansprucht, um so ohne juristische Hindernisse die Konzessionen für den Ressourcenabbau vergeben zu können. Die Landtitel, die bereits existierten, seien mit einer Steuerschuld belastet, die, gerade in Anbetracht der sinkenden Preise für die landwirtschaftlichen Produkte in der Zone, niemand in der Serranía begleichen könne, weshalb ihnen die staatliche Enteignung drohe. Bei den anvisierten Landtiteln handle es sich außerdem auch ausschließlich um individuelle Titel, wobei genau die individuellen Landbesitzer_innen in einer Region ohne eine legale öffentliche Ordnung am verletzlichsten für erzwungene Landkäufe von paramilitärischen Gruppen und ihren Stroh Männern seien. Laut J.E. glaubten zu viele Leute, dass das Landproblem mit ein paar Titeln auf dem Papier gelöst sei, dabei bringe dieses Stück Papier allein keine Kontrolle über das Land. Ohne Rechtssicherheit hätten die Bäuer_innen zwar die Titel, aber immer noch keine Kontrolle, und ob der ‚Staat‘ gleichzeitig an Rechtssicherheit interessiert sei, das würde J.E. bezweifeln. Denn wenn bspw. auf einem titulierten Land gegen den Willen der Besitzer_innen von oder im Auftrag einer paramilitärischen Gruppe Koka angebaut werden würde, könnte dieses Stück Land über das Enteignungsgesetz (Ley de Extinción de Dominio 1708/2014) vom ‚Staat‘ enteignet werden. Die Leute würden sich von den Papieren hereinlegen lassen, dabei seien, laut J.E., die Probleme vor Ort viel zu komplex, um einfach mit einer Titulierung gelöst zu werden. Mit einer Titulierung stünde der ‚Staat‘ vor allen Dingen vor der internationalen Gemeinschaft gut da, die illegalen Akteure würden in der Region aber weitermachen, was sie wollten. Und am Ende würden die Bäuer_innen ihr Land doch verlieren, entweder durch erzwungene Verkäufe an Paramilitärs oder enteignet vom ‚Staat‘ wegen der nichtgetilgten Steuerschuld oder dem illegalen Koka-Anbau.

Mittlerweile war auf dem Flughafen von Apartadó doch ein Flugzeug gelandet. Eine etwas in die Jahre gekommene, grün-weiß bemalte, zweimotorige Propellermaschine vom Typ DC3-TP der Nationalen Polizei Kolumbiens parkte auf dem Rollfeld am Rand gegenüber des Kampfhubschraubers. Aus dieser stiegen ebenfalls ein Dutzend Männer in Polizeiuniform und Kampfmontur aus. Im Unterschied zu den vorherigen, war ihre Erscheinung allerdings sauber, ihre Haltung resolut, ihre Bewegungen dynamisch. Ohne mit den Männern der erschöpften Einheit zu reden, liefen sie ebenfalls direkt vor der verglasten Fensterfront, aber in entgegengesetzter Richtung, zu dem Kampfhubschrauber hinüber. Kaum im Inneren des Kampfhubschraubers verschwunden, setzte dieser seine Rotorblätter in Bewegung, hob zunächst langsam, dann schneller, an Höhe gewinnend, vom Boden ab und verschwand als ein immer kleiner werdender schwarzer Punkt in dem unendlichen Grau des mit Regenwolken behangenen Himmels. Die Propellermaschine folgte nur wenige Minuten später. ... Laut J.E. sollte vor der Titulierung des Landes in der Serranía etwas wesentlich Grundsätzlicheres geregelt werden, und zwar der Respekt für das Leben und die Lebensweise der Kleinbäuer_innen. In seinen Augen ziele die Landreform des Friedensvertrages, dessen Teil die Titulierungsbestrebungen sind, weniger auf die Befriedung des ländlichen Raums, sondern auf die Integration der Kleinbäuer_innen in ein ökonomisches System, das für die kleinbäuerliche Produktions- und Lebensweise ein agrarindustrielles, gewinn- und wachstumsorientiertes Entwicklungsmodell vorsehe. In diesem ökonomischen Modell, so seine Befürchtung, wären die Kleinbäuer_innen nicht mehr als ein Teil einer (inter-)nationalen wettbewerbsfähigen Produktionskette, in der sie die kommerzialisierbaren Mono-Kulturen anbauen müssten, von denen externe Expert_innen meinten, dass sie an diesem Ort am ertragreichsten produziert werden könnten. Genau dieses ökonomische Modell widerspräche aber zentralen Aspekten ihrer sozio-kulturellen

Lebensweise, die ihnen nicht nur ein Auskommen ermögliche, sondern den Kern ihres Daseins als Kleinbäuer_innen ausmache. Eine solche ländliche Entwicklung in der Serranía würde bedeuten, auf den diversifizierten Anbau landwirtschaftlicher Produkte und damit auch auf ihr tägliches Brot – die Subsistenzprodukte – sowie auf die solidarische, kleinbäuerliche Produktionsweise zu verzichten. In den Markt integriert zu sein, hieße, laut J.E., dass die Kleinbäuer_innen auf den Einkauf von Nahrungsmitteln für ihre Existenzsicherung angewiesen wären und ihr Auskommen völlig abhängig vom Preis eines kommerzialisierbaren Produktes wäre. Er schüttelte nur den Kopf: „Wir sind Bauern, wir lassen uns nicht von einer Pflanze versklaven.“ Genauso wenig wollten sie das Land versklaven, dass für sie nicht nur eine Ressource sei, sondern ihr Lebensraum. Sie wüssten am besten mit diesem Land umzugehen, die Wasserquellen zu schützen, die Brachen einzuhalten, die Böden nicht mit Pestiziden und Mono-Kulturen auszulaugen, diesen Lebensraum für ihre Kinder zu erhalten. Bei einer solchen ländlichen Entwicklung, die ausgehend von den Bedürfnissen der Wirtschaft und nicht der Menschen gedacht werde, würden sie nicht mitmachen. Sie wollten, so J.E., grundsätzlich nicht Teil eines ökonomischen und gesellschaftlichen Systems sein, dass für ihre kleinbäuerliche Lebensweise keinen Platz vorgesehen habe. Ihnen gehe es nicht um Geld, sondern um die Möglichkeit, als Kleinbäuer_innen leben zu können.

Umso länger J.E. sprach, um so stiller wurde ich. Ich fragte kaum noch nach. Hörte nur seinen Prognosen und Perspektiven zu, die er in seiner unverwechselbaren Art ganz ruhig, fast monoton, aber mit beeindruckender Klarheit formulierte. Nach einer Stunde grinste er mich unter seinem dicken Schnauzer plötzlich an: „Vorsicht mit der Frustration! Es gibt genug Gründe, sich zu amüsieren, trotz dieser Aussichten. Lass dich nur nicht frustrieren.“ Obwohl mich diese Mischung aus erfahrungsbasierter Analyse und optimistischem Pragmatismus erfreute, blieb meine Stimmung gedämpft. Ich hatte in dem Moment etwas anderes begriffen. Ich war nicht wegen seiner Landtitulierungsprognose verstummt, die mir vor dem Hintergrund der Geschichte dieser Zone nachvollziehbar und verständlich erschien, obwohl ich mir nicht ganz sicher war, ob er dabei in jedem Punkt recht hatte. Die ganze Zeit, während ich ihm zuhörte, breitete sich in mir langsam, aber nicht ignorierbar, ein unbehagliches Gefühl aus, das mir schon von meinen vorherigen Aufenthalten in der Friedensgemeinde wohl bekannt war. In diesem Moment konnte ich erstmals formulieren, was ich vorher ‚nur‘ empfunden hatte. In diesem Unbehagen manifestierte sich eine ganz feine, aber immer deutlicher spürbare Grenze, die uns – die Gemeindeglieder und mich – trennt. In zwei verschiedenen Kontexten stehen wir auf unterschiedlichen Seiten. Als westeuropäischer Wissenschaftler, der regelmäßig die Friedensgemeinde besucht, bin ich Teil des ökonomischen Systems, dessen Teil die Friedensgemeinde nicht sein möchte. Das Wissenschaftssystem selbst, welches mir momentan ein Auskommen ermöglicht und meinem Leben u.a. Sinn und Bedeutung gibt, funktioniert zumindest teilweise nach denselben ökonomischen Prinzipien, die die Friedensgemeinde ablehnt: Produktivität etwa wird anhand der Anzahl von Publikationen gemessen und Wettbewerbsfähigkeit am Volumen eingeworbener Drittmittel oder an der Einhaltung von Qualifizierungszeiten. Die Friedensgemeinde hielt mir einen Spiegel hin, in dem ich mein eigenes Handeln und Nicht-Handeln aus einer unbequemen Perspektive sah. Mir wurde klar, dass meine Begegnung mit ihr auch eine der Reibung ist. Die Friedensgemeinde provoziert und berührt mich deshalb, weil ihre Haltung eben auch mein Leben betrifft. Sie fordert mich heraus, indem sie Fragen an mich stellt, ohne diese zu formulieren: Wo stehst du, was ist deine Position, was deine Vision und was bist du bereit zu tun?

Und während ich gedankenversunken diesen Fragen nachhing – mir schoss der Adorno-Satz aus der ‚Minima Moralia‘ durch den Kopf –, waren draußen auf der Rollbahn vor der Glasfront

bereits ein weiterer Kampfhubschrauber und eine zweite Propellermaschine gelandet, die eine erschöpfte gegen eine frische Polizeieinheit austauschten und wieder im regengrauen Himmel Urabás verschwanden.

Und dennoch ist angesichts von Unterdrückung, Plünderung und Verlassenheit unsere Antwort – das Leben. Weder Sintfluten noch Seuchen, weder Hungersnöte noch Umstürze, nicht einmal die ewigen, Jahrhunderte und Aberjahrhunderte dauernden Kriege vermochten die beharrlichen Vorzüge des Lebens gegenüber dem Tod zu verringern.

(García Márquez 2012, 30)

